Terror in Paris: DGB ruft zur Demo auf

Start ist um 17.30 Uhr an den Rheintreppen am Schlossturm.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine angeschlossenen Gewerkschaften rufen für heute, 17.30 Uhr, zu einer Solidaritäts-Kundgebung anlässlich der Terror-Angriffe in Paris auf. Treff-punkt: die Rheintreppen (direkt am Schlossturm), um Kerzen und Blumen niederzulegen. Im Aufruf heißt es u.a.: "Wir trauern um alle Opfer von Terror und sprechen den Angehörigen un-ser tiefstes Mitgefühl aus. Wir sind solidarisch mit Frankreich und allen Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten. Diese Terroranschläge richten sich nicht allein gegen Frankreich, sie richten sich gegen alle friedliebenden Menschen, gegen Menschenwürde, gegenseitigem Respekt und Toleranz. Die Attentäter dürfen und werden keinen Erfolg haben: Wir lassen uns weder einschüchtern noch in den Hass und in die Menschenfeindlichkeit treiben. Wir bestehen auf die Werte unserer freien, solidarischen und demokratischen Gesellschaft."

Diskussion zu Tunesien im Bürgerhaus

Tunesien ist als Mutterland des "Arabischen Frühlings"in die Geschichtsbücher eingegangen. Glaubt man den Optimisten, entsteht dort gerade die erste richtige Demokratie in einem arabisch geprägten Land. Aber ist das wirklich so? Bei einer Podiumsdiskussion am Samstag, 21. November (Beginn 16.30 Uhr, Bürgerhaus Bilk, Bachstraße 145) gehen Experten dieser Frage nach und hinterfragen auch die Rolle, die die tunesische Community in Deutschland bei den Demokratisierungsprozessen in Tunesien spielt.

Die Podiumsdiskussion startet mit einem Redebeitrag von Abdellatif Hannachi im Namen der tunesischen Menschenrechtsliga (bekam den Friedensnobelpreis), moderiert wird die Veranstaltung von Udo Steinbach, Islamwissenschaftler und Nahost-Experte. Infos unter Telefon 905 22 28.

Krimiabend: Literatur im Präsidium

Das Polizeipräsidium lädt wieder zum Krimiabend ein: am morgigen Donnerstag, 19. November, um 19 Uhr im Foyer des Polizeipräsidiums am Jürgensplatz, Einlass 18 Uhr. Die Veranstaltung steht unter dem Motto "Rheinische Morde" und wird moderiert von René le Riche. Für die musikalische Unterhaltung sorgt die JRP-Band (Jazz-Rock-Pop) des Landespolizeiorchesters NRW.

Die Krimiautoren Georg von Andechs, Martin Conrath, Horst Eckert, Sabine Klewe, Andreas Schnurbusch und Mathias Wünsche lesen aus ihren aktuellen Büchern vor.

Der Büchertisch der Buchhandlung "Buch in Bilk" lädt zum Stöbern ein. Der Eintritt ist frei. Für Getränke und Snacks wird im Casino gesorgt.

"Es ist eine erhebliche Zusatzbelastung"

Die Zahl der Rechten-Demos steigt an, die der Gegendemos ebenso: Wie die Polizei mit der Lage umzugehen versucht.

Das Gespräch führte Juliane Kinast

Erst Pegida, dann Dügida, inzwischen auch ein Bündnis von Flüchtlingsgegnern, immer wieder die Republikaner – Düsseldorf erlebt seit einem Jahr so viele Demos von Rechtspopulisten wie nie zuvor; das nächste Mal am Freitagabend mit Dügida in Unterrath. In dem schwierigen Spannungsfeld zwischen diesen Kundgebungen und den Gegendemonstrationen steht die Polizei. Die WZ sprach mit Harald Walter und Ingbert Köhler von der Gewerkschaft der Polizei über ihre Sicht auf die Situation.

Herr Walter, Herr Köhler, welche Belastung bedeuten die regelmäßigen Einsätze zwischen Rechtspopulisten-Demos und Gegendemos für die Düsseldorfer Polizei?

Ingbert Köhler: Es ist eine erhebliche Zusatzbelastung. Wir haben ja keine Reserve. Dort sind immer Polizisten, die etwas Anderes gerade nicht tun können. Und es sind hunderte, tausende Überstunden, die nicht abgebaut werden können.

Thema des Tages Rechte Demos

Harald Walter: Bei der Bereitschaftspolizei fallen an solchen Tagen schon mal 15 oder 16 Stunden am Stück an. Das sind sehr belastende Dienste, zumal die Arbeitszeit nicht planbar ist. Aber sie können unter der Woche frei machen. Schwieriger ist es im Wach- und Ermittlungsdienst. Wir haben Beamte mit 200 bis 500 Überstunden. Und das sind noch die Normalfälle.

Wie erleben die Polizisten diese speziellen Einsätze?
Köhler: Ich habe mit vielen der jungen Kollegen nach solchen Einsätzen gesprochen. Und sie sind sehr enttäuscht, dass sie oft in eine Ecke mit den Rechten gestellt werden, weil sie

Grundrechte verteidigen. Das ist für sie unerträglich.

Mit "in die Ecke gestellt" meinen Sie Rufe wie "Helm auf, Hirn aus"?

Walter: Das Hirn bleibt ja eben an. Auch wenn etwa eine Sitzblockade aufgelöst wird wie neulich an den Schadow-Arkaden. Das ist eine schwierige Angelegenheit. Weil man keine Gewalt anwenden will. Weil man politisch auch nah bei denen ist, die da demonstrieren. Das sind Stresssituationen. Aber es gibt nun einmal einen Arbeitsauftrag.

Der kam an diesem Abend von der Staatsanwaltschaft. Was natürlich kaum einer der Gegendemonstranten registriert haben dürfte.

Walter: Die Anmelderin der Dügida-Demo wurde in ihrem Auto eingekesselt. Das ist eine Situation, in der wir von Freiheitsberaubung sprechen. Die Polizisten können nicht anders, als einzuschreiten. Das wäre sonst Strafvereitelung im Amt – sie würden sich selbst strafbar machen, könnten ihren Job verlieren.

Köhler: Aber es geht ja auch um Grundsätzliches. Die Polizisten dürfen keine Partei ergreifen – das kann sich auch keiner der Gegendemonstranten ernsthaft wünschen. Eine Polizei, die dem politischen Mainstream folgt. Wie gefährlich wäre das denn!

Haben Sie denn Verständnis für diejenigen, die Kundgebungen von Rechtsextremen stören wollen?

Walter: Ich kann grundsätzlich verstehen, dass man sich so echauffiert. Mit kühlem Kopf muss ich aber sagen: Damit werten sie ihr Gegenüber enorm auf. Wenn beide für sich demonstrieren würden und nach zwei Stunden einfach alles vorbei wäre, gäbe es keine Presse, die Bevölkerung würde Dügida überhaupt nicht registrieren und sie wäre das, was sie eben ist: Eine Bewegung, die



Bei einer Demonstration kam es im Februar im Hauptbahnhof zu Auseinandersetzungen.

Archiv-Foto: David Young





Ingbert Köhler (links) und Harald Walther von der Gewerkschaft der Polizei sprechen über Demonstrationsrecht und Belastung. Fotos: GdP/SPD

sich in Düsseldorf ziemlich totgelaufen hat.

Das ist ein grundlegender Punkt: Ignorieren oder wehren? Gegendemo ja oder nein?

Walter: Ich war selbst bei Gegendemos, muss ich jetzt mal sagen.

Köhler: Aber ich habe kein Verständnis, wenn man eine Demo verhindern will, die nicht verboten wurde. Das ist gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Walter: Ich würde mir allerdings vom Verwaltungsgericht wünschen, dass es einen Polizeipräsidenten mehr unterstützt, wenn er sagt: Kundgebung statt Demonstration. Wir können einfach nicht erlauben, dass so wenige Menschen unsere Stadt über Monate lahmlegen.

Am Rande der Demos wurde immer wieder Kritik an Norbert Wesseler als Polizeipräsident geäußert. Er kämpfe nicht genug gegen Rechts. Walter Das ist leicht dahinge-

Walter: Das ist leicht dahingesagt, wenn man nicht in der Verantwortung steht. Auch ein Polizeipräsident darf nicht über dem Recht stehen. Er ist Jurist und prüft genau, was möglich ist. Man sieht an den bisherigen Verwaltungsgerichtsurteilen, wie schwierig das ist. Aber er versucht, dagegen vorzugehen. Köhler: Das muss ich bestärken. Er ist da eindeutig positioniert und versucht alles, den Rechtspopulismus einzudämmen.

Was würden Sie sich wünschen, um diese komplexe Gemengelage aufzulösen?
Köhler: Eine Besinnung auf den Gedanken der Meinungsfreiheit. Es geht nicht darum, welche Meinung gesagt wird, sondern dass sie gesagt werden darf.

Walter: Vor allem würde ich mir wünschen – ganz persönlich –, dass es in dieser Stadt keine Menschen mehr gibt, die mit den Ängsten anderer spielen. Dann gäbe es nämlich auch Dügida gar nicht.

Noch einmal ganz deutlich: Sie sind nicht für den Verzicht auf Gegendemos, um den Aufwand für die Polizei zu verringern?

Köhler: Nein. Eine Demokratie lebt von Meinungsäußerung. Die darf auch laut und bunt

'Walter: Aber bitte mit legalen

"Das Verhältnis zur Polizei ist sehr spannungsgeladen"

Oliver Ongaro ist Mitorganisator der Gegendemos: Es gehe um "Düsseldorf gegen eine rassistische Kleinstgruppe".

Das Gespräch führte Juliane Kinast

Oliver Ongaro von der Flüchtlingsinitiative "Stay" ist Mitorganisator der Gegendemos von "Düsseldorf stellt sich quer". Und geriet dabei mehrfach in Konflikt mit der Polizei.

Herr Ongaro, die Rechten in Düsseldorf mobilisieren nur winzige Gruppen. Warum gehen Sie mit "Düsseldorf stellt sich quer" immer noch so massiv auf die Straße? Oliver Ongaro: Das Problem hat

Oliver Ongaro: Das Problem hat sich verlagert: Anfang des Jahres drohte die Islamfeindlichkeit aus Dresden, in andere Städte zu schwappen. Jetzt haben wir mit all den Menschen, die nach Deutschland kommen, eine ganz andere Situation. Und verschiedene Akteure nutzen jetzt die Ängste der Menschen. Das müssen wir verhindern.

Was glauben Sie, woran es liegt, dass die Zahl der rechten Demonstranten so stark gesunken ist?

Ongaro: Ihnen bläst der Gegenwind schon hart ins Gesicht. In Düsseldorf gibt es diese Stimmung der Angst in den Stadtteilen auch einfach nicht. In anderen Städten in unmittelbarer Nachbarschaft allerdings schon.

Mancher sagt, Sie sollten auf die Gegendemos einfach verzichten, dann gäbe es gar keine Aufmerksamkeit mehr für die Veranstaltungen der Rechten.

Ongaro: Diese Meinung teile ich nicht. Man muss aber trennen: Die Reps etwa wollen direkt vor die Flüchtlingsheime. Das kann man nicht zulassen. Ich persönlich finde das widerlich. Bei der Demo von Flüchtlingsgegnern am 7. November war es wichtig zu zeigen, dass dort nicht die bürgerliche Meinung vertreten wird - was beansprucht wurde. Bei Dügida ist das Schwierige, dass es wirklich zu einem Neonazi-Treffen geworden ist. Sie wollten Events für ihre Szene. Das war zwischenzeitlich echt mal gefährlich.

Aber Sie wollen ja nicht nur Flagge zeigen, sondern die Demos der Rechten auch blockieren – selbst wenn Sie sich damit strafbar machen. Ongaro: Wenn Neonazis in einem Viertel erst mal die Oberhand gewinnen, ist das sehr schwer umzukehren. Wir müssen also direkt schauen, dass es nicht dazu kommt. Wir halten es für ein vertretbares Mittel, uns in den Weg zu stellen oder zu setzen. Ich habe jetzt drei Ermittlungsverfahren. Eines wegen einer Sitzblockade im April, um die Dügida sogar noch herumgeführt wurde. Wenn das strafbar ist, dann ist es eben so.

Ärgert es Sie, wenn die Polizei gegen Ihre Demo vorgeht statt gegen die der Rechtsextremen?

Ongaro: Das Verhältnis ist sehr spannungsgeladen. Wir waren persönlich bei Herrn Wesseler und haben erklärt, was wir tun. Ansonsten hängt es stark von der Einsatzleitung ab. In Garath haben sich mal 200 Menschen in eine Unterführung gesetzt und die Reps konnten nicht gehen. Der Einsatzleiter sagte aber, er sehe das nicht als Blockade. Bei unserem Flashmob im Hauptbahnhof war ein Einsatzleiter aus Köln – der war die Ruhe selbst und sagte, das wäre doch eine tolle Veranstaltung.

So zufrieden sind Sie offenbar nicht mit allen Entscheidungen.
Ongaro: Ich glaube, die Polizei-

führung hätte sich von Anfang an mehr trauen müssen und sagen: Dann klagt halt, lassen wir eben das Oberverwaltungsgericht in Münster entscheiden. Ich bin sicher, mit Dügida wäre längst Schluss, wenn man schon Anfang des Jahres gesagt hätte: Am Hauptbahnhof ist jetzt mal Schluss. Die Anmelderin wurde dadurch zu einer Ikone in der Szene. Wichtig ist jetzt aber, dass es keine Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit der Polizei gibt, sondern dass Straftaten von Rechts gegen Flüchtlinge, wie es sie anderswo in Deutschland gibt, hier nicht zugelassen werden.

Der Zivilgesellschaft?
Ongaro: Ja, denn es gibt hier keine Rechts-Links-Auseinandersetzung. Das stimmt einfach nicht. Es ist Düsseldorf gegen eine rassistische Kleinstgruppierung. Wir haben unglaublich großes Feedback. Wir erreichen immer um die 400 Teilnehmer

das ist enorm bei dieser Tak-

tung, jede Woche. In Unterrath



Oliver Ongaro ist Mitorganisator der Gegendemos. Archiv-Foto: B. Schaller

sind zwei Drittel der Gegendemonstranten Unterrather gewesen. Die Menschen hier wollen Dügida nicht vor ihrer Haustür. Im Gegenteil: Wir haben so unglaublich viele, die den Flüchtlingen helfen wollen.

Was würden Sie sich für die Zukunft wünschen? Ongaro: Dass es aufhört – doch es

wird leider immer Menschen geben, die Ängste schüren. Aber wenn Menschen ihre Heimat verlassen haben und über Wochen zu uns gereist sind und hier dann von Einzelnen gesagt bekommen: Geht wieder. Ohne Grund. Das macht mich unglaublich wütend. Und das werden wir diesen Einzelnen auch mit allen Mitteln zeigen.